

Ortsverband Worms-Wonnegau

UN-Behindertenrechtskonvention: Konferenz und Podiumsdiskussion

Im vollbesetzten Ratssaal des Wormser Rathauses kam im März auf Einladung des SoVD Worms-Wonnegau ein fachkundiges Plenum zusammen. Dieses diskutierte zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und zu deren Umsetzung. Schwerpunkte lagen auf ersten Erfolgen und auf der Bildung.



Auf dem Podium diskutierten mit dem Plenum unter anderem (v. li.): Klaus Dollmann, Behindertenbeauftragter der Stadt Mannheim, Heiner Boegler, 1. Vorsitzender des SoVD-Ortsverbandes Worms-Wonnegau, und Ottmar Miles-Paul, Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen.

Die Veranstaltung wurde vom 1. SoVD-Ortsvorsitzenden Heiner Boegler eröffnet. Er konnte neben Oberbürgermeister Michael Kissel, Bürgermeister Georg Büttler sowie den beiden Landtagsabgeordneten Jens Guth und Adolf Kessel auch den Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen, Ottmar Miles-Paul, und den Behindertenbeauftragten von Mannheim, Klaus Dollmann, begrüßen.

Heiner Boegler stellte heraus, dass es dem SoVD darum gehe, die Herzen und Köpfe der Bürger für die Belange der 8 Millionen Menschen mit Behinderung, aber auch der chronisch Kranken zu gewinnen. Die UN-Konvention sei eine Menschenrechtskonvention und solle auch gelebt werden: „Benachteiligungen und Ausgrenzungen müssen ein Ende haben“, so Boegler.

Oberbürgermeister Michael Kissel freute sich über das große Interesse an der Veranstaltung. In Worms habe man bereits einige Projekte um-

gesetzt. Es werde jetzt eine Bilanz erstellt, aus der hervorgehe, wo noch Lücken seien. An vielen Stellen werde Inklusion schon umgesetzt.

Bürgermeister Georg Büttler ging insbesondere auf die Arbeitssituation von behinderten Menschen ein. Auch hierauf habe die Stadt ein besonderes Augenmerk gerichtet.

Landesbeauftragter Ottmar Miles-Paul erläuterte den Werdegang des rheinland-pfälzischen Aktionsplanes. Das Wichtigste sei gewesen, dass der Aktionsplan nicht für die, sondern mit den behinderten Menschen und ihren Organisationen erarbeitet wurde. Ganz wichtig sei auch, dass die Betroffenen selbst ihre Bedürfnisse formulierten. Dies sei in Rheinland-Pfalz besonders gut gelungen: Es war schließlich das erste Bundesland mit einem Aktionsplan zur UN-Konvention. Auch der SoVD war aktiv daran beteiligt. Einige Kommunen folgten dem Landesbeispiel und erstellten für ihren Bereich einen Aktionsplan. Beim Landesplan

und den kommunalen Plänen habe man laut Miles-Paul darauf geachtet, die gleichberechtigte Teilhabe, Selbstbestimmung und Gleichstellung in den Mittelpunkt zu stellen – und nicht die oft bevormundende, ausgrenzende Fürsorge. Unter anderem, so der Landesbeauftragte, gebe es in Rheinland-Pfalz nun 70 Integrationsbetriebe.

In der von Heiner Boegler moderierten Podiumsdiskussion, an der alle Fraktionen des Wormser Stadtrates teilnahmen, ging es zunächst um die Frage, wie der vom Stadtrat im Januar gefasste Beschluss umgesetzt werden sollte. Jens Guth, MdL (SPD), unterstützte den Beschluss, den Sozialausschuss mit der Federführung zu betreiben. Sein Landtagskollege von der CDU, Adolf Kessel, sah die Notwendigkeit, sich im Vorfeld mit den Betroffenen zu verständigen. Für ein Vorgehen wie im Land und in Mannheim sprachen sich Helmut Bauer (Bündnis 90/Die Grünen), Sebastian Knopf (Die Linke) und Karl Müller (FWG/Bürgerforum) aus. Der Vertreter der FDP, Jörg Haubold, bestätigte, dass in Worms schon sehr viel gemacht worden sei. Dazu entwickelte sich auch im Plenum eine rege, aber sehr kontroverse Diskussion. Ein Vater mit einem behinderten Kind war auch anwesend; er freute sich, dass es in Worms möglich ist, sein Kind in eine Regelschule zu schicken.

Boegler machte deutlich, wie wichtig es für den SoVD ist, dass künftig der Wille der Betroffenen und nicht der Schule bzw. Einrichtung im Mittelpunkt steht: „Wir sind für ein lebenslanges, gemeinsames Lernen, wir wollen die Schule für alle!“ Im Übrigen sei dies ein Thema, das auf Landesebene zu entscheiden sei. Dazu gebe es in Rheinland-Pfalz und im Saarland Arbeitsgruppen, an denen der SoVD durch Boeglers Person beteiligt sei.

Wanderausstellung zum demografischen Wandel im Saarland eröffnet

Überaltert die Gesellschaft?

Die Zusammensetzung der Bevölkerung, speziell der Altersstruktur, ändert sich. Der Staatssekretär im saarländischen Ministerium für Gesundheit und Verbraucherschutz, Sebastian Pini, eröffnete im Mai eine Wanderausstellung zum Thema „Demografischer Wandel im Saarland und in Europa“.

An der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW) in Saarbrücken ist die erste Station der Ausstellung. Sie soll die Saarländerinnen und Saarländer mit den Zahlen, Daten und Fakten zur Bevölkerungsentwicklung vertraut machen. Dazu gibt es eine gleichnamige Broschüre, die auf der Webseite der Stabsstelle Demografischer Wandel bestellt oder heruntergeladen werden kann unter: www.saarland.de/78914.htm.

Der demografische Wandel gilt als „eine der großen Herausforder-

ungen der Gegenwart und der Zukunft“ und er werde die Gesellschaft nachhaltig verändern, heißt es aus dem Gesundheitsministerium. Minister Georg Weisweiler (FDP) führte zur Ausstellung aus: „Anders als in anderen westdeutschen Bundesländern ist die demografische Situation im Saarland derzeit nicht allein durch Alterung, sondern bereits heute auch durch Schrumpfung geprägt.“ Gleichzeitig gebe es in Europa viele Regionen, die stark wüchsen – Europa wachse und altere parallel. Staatssekretär Pini appellierte:

„Dem demografischen Wandel kann nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe durch das Engagement und die kreative Beteiligung aller begegnet werden.“

Die Wanderausstellung kann kostenlos ausgeliehen werden. Interessierte wenden sich an die Stabsstelle Demografie im Ministerium für Gesundheit und Verbraucherschutz unter Tel.: 0681/5013294 oder per E-Mail an demographie@gesundheits.saarland.de. Weitere Infos hierzu gibt es auch im Internet: www.demographie.saarland.de.



Kolumne

Mehr Anerkennung für Pflege hilfsbedürftiger Menschen

Liebe Freundinnen und Freunde,

in der Pflege soll vieles besser werden – so jedenfalls versprach es der nun ehemalige Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP), der 2011 zum politischen Jahr der Pflege ausgerufen hat.

Und Ideen gibt es zur Genüge: Pflegebedürftige und ihre Angehörigen sollen gemeinsam zur Kur bzw. zur Rehabilitation fahren können. Die Zeit, in der man einen Angehörigen pflegt, soll besser bei der Rente angerechnet werden. Und vor allem soll etwas gegen den Mangel an Pflegekräften unternommen werden. Dann sollen endlich die Voraussetzungen dafür verändert werden, ab wann jemand als pflegebedürftig gilt.

Dieses Vorhaben steht schon im Koalitionsvertrag von Union und FDP. Und bereits Röslers Vorgängerin im Gesundheitsministerium,



Ulla Schmidt (SPD), hat Kriterien erstellt, um Pflegebedürftigkeit einzustufen.

Rösler wollte ursprünglich noch vor der Sommerpause Eckpunkte für die Pflegereform vorlegen. Aber er baute bereits vor: Nicht alles, was wünschenswert sei, sei auch finanziell machbar.

Mit freundlichen Grüßen
Richard Dörzaph
1. Landesvorsitzender



Urteile aus dem Sozialrecht

Absichtliche Falschangabe kann Rente kosten

Wer einen Antrag auf Abschluss einer Berufsunfähigkeitsversicherung stellt, muss die Gesundheitsfragen zutreffend beantworten. Er riskiert sonst, dass die Versicherung ungültig wird – und er keine Berufsunfähigkeitsrente erhält.

Besser nichts verschweigen: Bei absichtlichen Falschangaben können Versicherungen den Vertrag nämlich auch noch Jahre nach dem Abschluss kündigen, wenn dem Versicherten Arglist nachgewiesen werden kann. Das gilt zum Beispiel, wenn der Versicherungskunde eine Phase der Arbeitsunfähigkeit verschweigt, wie das Landgericht Hamburg entschied.

Im vorliegenden Fall war die Antragstellerin im Formular gefragt worden, ob sie in der Vergangenheit aus „gesundheitlichen Gründen mehr als 14 Kalendertage durchgehend nicht in der Lage war, ihre berufliche Tätigkeit auszuüben“. Sie verneinte das – ebenso wie die Frage nach Krankheiten oder Beschwerden verschiedener Organsysteme –, obwohl sie im entsprechenden Zeitraum drei Monate lang krankgeschrieben gewesen war. Das bewerteten die Richter als Arglist, nachdem herausgekommen war, dass die Frau mehrfach arbeitsunfähig gewesen war, unter anderem aufgrund erheblicher Störungen der Atmungsorgane, Überlastungssyndrom sowie Immunschwäche und depressiver Beschwerden.

Da es nicht darauf ankommt, ob die Antragstellerin selbst sich in der Lage sieht, ihren Aufgaben nachzukommen, sondern nur darauf, ob objektiv Arbeitsunfähigkeit vorlag, konnte die Versicherung in diesem Fall den Vertrag kündigen und musste die vereinbarte Rente nicht zahlen (LG Hamburg, AZ: 302 0 151/10).

Verantwortungsvolle Aufgabe für Karin Kerth

Das Ministerium für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und Sport im Saarland ernannte die 2. SoVD-Landesvorsitzende, Karin Kerth, mit Wirkung zum 1. Oktober zur sogenannten „sozial erfahrenen Person“. Als sozial erfahrene Person kann sie als externe Dritte in sozialrechtlichen Fragen beratend tätig werden.

Die Berufung erfolgte für die Dauer von vier Jahren und wurde von Landesministerin Annegret Kramp-Karrenbauer durchgeführt.

Der SoVD-Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland gratuliert Karin Kerth herzlich und wünscht ihr viel Erfolg bei der neuen, verantwortungsvollen Aufgabe.

5 Termine

Ortsverband Kaiserslautern Infoabend

Der Ortsverband Kaiserslautern veranstaltet am 21. Juni um 18 Uhr seinen nächsten Infoabend. Die Veranstaltung findet in der Gaststätte „Alte Knacker“, An der Feuerwache 10 in 67663 Kaiserslautern statt. Thema wird diesmal die Patientenverfügung sein. Referent ist der 1. Ortsverbandsvorsitzende, Manfred Schneider. Alle Mitglieder und alle Interessierten sind recht herzlich eingeladen.

Mitgliederversammlung mit Neuwahlen

Am 4. Juni um 14 Uhr hat der Ortsverband Kaiserslautern im Café Schärer, Leipziger Straße 17, 67663 Kaiserslautern seine nächste Mitgliederversammlung mit anschließenden Neuwahlen. Alle Mitglieder des Ortsverbandes sind herzlich dazu eingeladen. Die Einladung ergeht nur auf diesem Wege.

Ortsverband Lauterecken

Adventsreise – auf Martin Luthers Spuren

Der Ortsverband Lauterecken bietet im Advent eine erlebnisreiche Kurzreise nach Kemberg vor den Toren der Lutherstadt Wittenberg an. Vom 1. bis zum 8. Dezember (zweites Adventswochenende) geht es in ein familiär geführtes Vier-Sterne-Hotel.

Als Tagesfahrten sind folgende Reiseziele möglich: Lutherstadt Wittenberg mit Besuch der Schlosskirche und des Lutherhauses, Lutherstadt Eisleben mit Besuch des Geburtshauses Martin Luthers, Quedlinburg (UNESCO-Weltkulturerbe), Leipzig, Dessau mit Besuch des Bauhauses, Wörlitz und Bad Dübener Heide mit Rundfahrt durch die Dübener Heide. Das genaue Programm wird in Absprache mit der Hotelleitung und unter Berücksichtigung der Witterungsverhältnisse vor Ort festgelegt. Außerdem gibt es im Hotel die eine oder andere vorweihnachtliche Überraschung für alle Mitreisenden.

Die Gruppe fährt mit einem Vier-Sterne-Nichtraucherbus. Untergebracht ist sie im Kemberger Ortsteil Lubast mit Halbpension. Alle Zimmer sind per Aufzug erreichbar und verfügen über Dusche, WC, Fön, Fernseher und Telefon. Der Reisepreis enthält die An- und Abreise, alle Tagesfahrten, das Frühstücksbüfett, fünfmal 4-Gang-Abendwahlmenü, ein Adventbüfett, eine Tafelrunde mit „Martin Luther“ oder „Katharina von Bora“ und die Nutzung des Wellnessbereiches. Für Einzelzimmer wird ein Aufpreis erhoben.

Auch Mitglieder anderer SoVD-Ortsverbände aus der Region können gern mitreisen. Aus organisatorischen Gründen sind schriftliche Anmeldungen bis zum 15. September nötig. Nähere Informationen gibt ab 19 Uhr Helmut Burkhardt unter Tel.: 06382/8001.

Wir gratulieren

60 Jahre

4.6.: Hugo Hoffmann, Kuhardt;
6.6.: Walter Zeiss, Bingen; Werner Theisen, Masburg;
16.6.: Uwe Hollemann, Überherrn;
18.6.: Karl-Heinz Schiller, Bingen; Dietmar Puhl, Albersweiler;
19.6.: Maria Meinzer, Rülzheim;
20.6.: Roswitha Hafner, Rülzheim; Lothar Serwatkiewicz, Bingen;
22.6.: Günter Scholl, Schwedelbach;
24.6.: Ursula Dreyer, Rülzheim; Ingeborg Trauth, Hördt; Daniel Wiesner, Surbourg/Elsass;
25.6.: Herta Schiebelhut, Bruchmühlbach-Miesau;
29.6.: Elvira Runkel-Ritz, Oppenheim; Ursula Beyer, Hamm.

65 Jahre

1.6.: Horst Uschmann, Bingen;
2.6.: Milka Krajcinovic, Bingen;
3.6.: Maria Kiefer, Homburg;
5.6.: Rita Schmiege, Mülheim-Kärlich
8.6.: Elke Wildschek, Bad Dürkheim;
12.6.: Beate Brieger, Bingen;
18.6.: Richard Gerner, Worms;
19.6.: Rudi Molz, Hoppstädten;
20.6.: Irmgard Sahm, Wörth;
21.6.: Fritz Reinehr, Niederheimbach;
24.6.: Peter Pfalzer, Rülzheim; Giovanni Gallucci, Gumbsheim;
28.6.: Wojciech Matysiak, Bingen; Gerd Gesell, Andernach;
30.6.: Erika Kunzfeld, Hördt.

70 Jahre

2.6.: Ursula Yildirim, Kaiserslautern;
3.6.: Philipp Zimmermann, Bingen; Wilfried Gregori, Waldalgesheim;
4.6.: Klaus Herrmann, Kaiserslautern;
6.6.: Heinrich Schneider, Kaiserslautern;
10.6.: Peter Heyd, Neupotz;

11.6.: Eduard Frick, Aspisheim;
14.6.: Marianne Janotta, Kirkel;
15.6.: Adolf Hoffmann, Bexbach;
18.6.: Sigrid Nessler, Lauterecken;
19.6.: Helga Klink, Koblenz; Heinz Goderer, Oberthal;
23.6.: Bernhard Lechner, Ludwigshafen; Doris Inniger, Saarbrücken.

75 Jahre

4.6.: Adele Lortz, Ludwigshafen;
6.6.: Berthold Mayer, Rülzheim; Gertrud Trinkwel, Spiesen-Elversberg;
7.6.: Ruth Löffel, Rülzheim;
11.6.: Leonore Praml, Andernach;
13.6.: Erich Henrich, Ludwigshafen; Wiltrud Mayer, Rülzheim;
25.6.: Anni Mahl, Homburg;
30.6.: Hedwig Neul, Bingen.

80 Jahre

3.6.: Irmgard Daum, Bad Kreuznach;
5.6.: Hugo Jung, Laufersweiler;
21.6.: Else Hormann, Brauneberg;
24.6.: Paul Richter, Homburg;
30.6.: Günter Kiy, Schopp.

85 Jahre

2.6.: Heinz Knäpper, Hillscheid;
4.6.: Werner Arfeller, Hattert;
5.6.: Gertrud Burkart, Zweibrücken;
8.6.: Maria Ruffing, Spiesen-Elversberg; Hildegard Windisch, Worms;
9.6.: Karola Horn, Wallhaben.

90 Jahre

11.6.: Regina Walther, Worms;
26.6.: Frieda Bäsler, Kleinbundenbach.

91 Jahre

10.6.: Anni Zander, Rülzheim.

92 Jahre

20.6.: Gerhard Fischer, Bad Ems;
21.6.: Emil Weber, Elmstein.

Angehörige der Pflegeberufe verbringen fast ihre halbe Arbeitszeit mit Dokumentation

Altenpflege ist auch Aktenpflege

In den Heimen fehlen Pflegefachkräfte. Hinzu kommt der „Papierkram“ als massives Problem: Auf den Stationen werden Formulare ausgefüllt, Übergaben protokolliert und Patientendaten elektronisch erfasst. Die Politik brütet über einer Pflegereform – die Pflege selbst macht derweil Kreuze, Kürzel und Kurzkomentare.

Pflegende können sich den Menschen nie ganz widmen. Ein Beispiel aus dem deutschen Heimalltag: Einer alten Frau wird eine Teetasse gereicht und nach dem Trinken wieder abgenommen. Diese scheinbare Kleinigkeit gehört ins Protokoll. Der Pfleger schreibt hinter „Einnahme von Nahrung inklusive Trinken“ noch „reichlich“ und sein Kürzel. Hätte die Bewohnerin das Trinken verweigert, müsste er dies festhalten – und zwar auch die Art ihrer Ablehnung: ob sie den Tee ausgespuckt, abgewinkt oder nur den Kopf geschüttelt hat.

Fast die halbe Arbeitszeit verbringen Pflegende damit, ihre Tätigkeiten zu dokumentieren. Sie pflegen die Akten beinahe so zeitintensiv wie die Menschen. Das Sozialgesetzbuch schreibt Qualitätsstandards vor und regelmäßige Kontrollen des medizinischen Dienstes der Krankenversicherungen (MDK).

Der Preis der Standards: Den Heimen laufen die Arbeitskräfte davon. Auch zögern junge Leute, meist aus Image- und Belastungsproblemen, den Beruf zu ergreifen. Es ist schwer, gutes Personal zu finden und zu halten. Wer in den Pflegeberuf geht, will am Menschen arbeiten – und gerät in einen Konflikt, wenn er merkt, dass er das nicht mehr tun kann. Der Präsident des Deutschen Pflegerates (DPR) in Berlin, Andreas Westerfelhaus, kritisierte, „Arbeitsverdichtung und wachsende Bürokratisierung“ führten zur Berufsaufgabe oder zum Wechsel ins Ausland.

Dabei stellt den Sinn von Dokumentationen niemand grundsätzlich infrage. Auch müssen sich die Einrichtungen absichern: Gemacht wurde, was dokumentiert wurde.

Entlastung bei der Aktenpflege gibt es nicht. Hilfskräfte dürfen keine Verwaltungstätigkeiten überneh-

men. Aber nur etwa die Hälfte der Betreuenden sind voll ausgebildete Kranken- oder Altenpfleger.



Foto: Andy Dean/fotolia

Dokumentation ist wichtig, doch sie verschlingt viel Zeit und Energie.

Monatliche Zusammenkünfte

Bezirksverband Rheinpfalz

Der Bezirksverband Rheinpfalz trifft sich das nächste Mal am 10. Juni ab 16 Uhr zum Stammtisch in den Hackerbräu-Stuben, Mundenheimer Straße 182 (Ecke Wittelsbachstraße), 67061 Ludwigshafen.

Bezirksverband Saarpfalz

Der Bezirksverband Saarpfalz trifft sich jeden 1. Sonntag im Monat ab 14.30 Uhr zum Infonachmittag im Sportheim in Einöd.

Ortsverband Hördt

Der Ortsverband Hördt kommt das nächste Mal am 27. Juni ab 19 Uhr im Schützenhaus in Hördt zu seinem gemütlichen Stammtisch zusammen.

Ortsverband Rülzheim

Der Ortsverband Rülzheim trifft sich das nächste Mal am 27. Juni um 15 Uhr im „Gasthaus zur Krone“ (im Nebenzimmer) zu seinem Frauenstammtisch.

Ortsverband Saarbrücken

Der Ortsverband Saarbrücken trifft sich jeden 2. Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Marktcafé in der Wirthstraße 9 (am Hambacher Platz, nahe Saarbahnhofstempel Pariser Platz/St. Paulus).

Ortsverband Spiesen

Der Ortsverband Spiesen hat seine Zusammenkunft jeden 1. Donnerstag im Monat um 17 Uhr im Lokal „Zum Wildbertstock“, Hauptstraße 261.

Sprechstunden und Sozialberatungen

Andernach

Ansprechpartnerin: I. Turnau.
Wann: 6. Juni, 9–12 Uhr. Wo: Mehrgenerationenhaus (Zimmer 7, Galerie), Gartenstraße 4, 56626 Andernach.

Bad Kreuznach – Mainz-Bingen

Ansprechpartner: Jürgen Remmet.
Wann: dienstags bis donnerstags, nur nach Vereinbarung unter Tel.: 06725/4240. Wo: Im Schwendel 3, 55411 Bingen-Dromersheim.

Engers-Neuwied

Ansprechpartnerin: I. Turnau.
Wann: 7. Juni, 10–12 Uhr, nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0261/34475. Wo: Vereinshaus, Klippergasse 4, 56566 Neuwied-Engers.

Homburg

Ansprechpartnerin: Karin Kerth.
Wann: montags 15–18 Uhr. Wo: Geschäftsstelle (ehem. Rathaus), Kaiserstraße 41, Tel.: 06841/9828634.

Kaiserslautern

Ansprechpartner: Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht.
Wann: mittwochs 8–12 Uhr. Wo: Landesgeschäftsstelle, Pfründnerstraße 11, Tel.: 0631/73657.

Koblenz

Ansprechpartnerin: I. Turnau.
Wann: montags bis freitags 8.30–12.30 Uhr. Wo: Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 54, Tel.: 0261/34475.
Achtung: Die Geschäftsstelle Koblenz ist vom 14. bis 26. Juni geschlossen!

Ludwigshafen

Ansprechpartner: Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht.
Wann: freitags 8–12 Uhr. Wo: Geschäftsstelle, Wörthstraße 6a, Tel.: 0621/515097.

Neunkirchen – St. Wendel

Ansprechpartnerin: Gabriele Scheppelmann.
Wann: donnerstags und freitags 14–17 Uhr, nur nach Vereinbarung unter Tel.: 06821/77923.

Neustadt

Ansprechpartnerin: Ingrid Daniel.
Wann: nach Anmeldung unter Tel.: 06321/12418. Wo: Spitalbachstr. 57.

Rülzheim

Ansprechpartner: Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht.
Wann: 30. Juni, 14–16 Uhr, Tel.: 07272/6160. Wo: Rathaus, Deutschordensplatz 1, Besprechungsraum 2.14 oder großer Sitzungssaal (Aufzug im Gebäude).

Saarbrücken

Ansprechpartnerin: Karin Kerth.
Wann: nach Absprache unter Tel.: 06841/9828634. Wo: Räume der KISS (Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe im Saarland), 3. OG, Futterstraße 27, 66111 Saarbrücken.

Saarlouis

Ansprechpartner: Peter Welsch.
Wann/wo: nur nach Vereinbarung unter Tel.: 0160/97913504 (mobil).

Spiesen

Ansprechpartnerin: Gabriele Scheppelmann.
Wann: 9. Juni, ab 17 Uhr, nach Anmeldung unter Tel.: 06821/77923. Wo: Lokal „Zum Wildbertstock“, Hauptstraße 261.

Weyerbusch

Ansprechpartnerin: I. Turnau.
Wann: 27. Juni, 9–12 Uhr, nach Anmeldung unter Tel.: 0261/34475. Wo: ev. Gemeindezentrum, Kölner Straße 7a, 57635 Weyerbusch.

Worms-Wonnegau

Ansprechpartner: Heiner Boegler.
Wann: nach Absprache, Tel.: 06241/324845, Fax: 06241/324844, E-Mail: heiner.boegler@t-online.de. Wo: Brandenburger Str. 3, 67551 Worms.

Zweibrücken

Ansprechpartnerin: Karin Kerth.
Wann: donnerstags 15–17 Uhr, Anmeldung unter Tel.: 06841/9828634. Wo: Rosengartenstraße 1–3, 3. OG (Aufzug im Gebäude).



Besuchen Sie uns
auch im Internet

www.sovd-rlp-saarland.de